



News

| research with impact

- i Editorial: Das Rentenpaket – heute geliefert, morgen bezahlt**
- i Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis**
- i Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur**
- i 1. RWI Research Network Conference zu „Economics of Education“ in Berlin**

Nr. 2/2014

Das Rentenpaket – heute geliefert, morgen bezahlt



Ende Mai hat der Bundestag das Rentenpaket mit großer Mehrheit beschlossen. Am 1. Juli 2014 ist es in Kraft getreten, inklusive Mütterrente und abschlagfreier Rente mit 63. Die Politik schließt damit nach eigener Aussage eine vermeintliche „Gerechtigkeitslücke“. Dass sie bestimmte Rentnergruppen damit bevorzugt, andere aber damit benachteiligt, ist eine politische Entscheidung. Was gerecht ist, entzieht sich typischerweise ökonomischen Effizienzüberlegungen. Aber aus der ökonomischen Sicht sind diese Weichenstellungen dennoch mehr als fragwürdig. Denn die Leistungsausweitungen sind nicht nachhaltig finanziert, sondern nur bis zum Jahr 2017. Und das gilt auch nur dann, wenn sich die Konjunktur weiterhin positiv entwickelt.

Finanziert werden diese Maßnahmen aus Überschüssen in der Rentenkasse. Diese kamen in den vergangenen Jahren zustande, weil die Beiträge kräftig sprudelten. Bisher sah das Gesetz vor, dass in einem solchen Fall die Beitragszahler entlastet werden müssen. Nun die Mehreinnahmen für zusätzliche Leistungen zu verwenden, weist in die falsche Richtung und konterkariert richtige und wichtige Weichenstellungen der Vergangenheit. Denn gerade in der Rentenversicherung zeigten sich die Erfolge der Agenda 2010 besonders deutlich. Durch diese Reformen wurde die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung bis etwa zum Jahr 2030 gesichert, sie war bis dahin „demographiefest“.

Sich jetzt aus der vollen Rentenkasse zu bedienen, ist insbesondere deshalb gefährlich, weil ab den 2020er Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen werden. Darauf hätte man sich heute schon vorbereiten müssen. Aber das wird aktuell ausgeblendet. Langfristig werden daher wohl die Leistungen des neuen Rentenpakets nur durch noch höhere Steuern und Beiträge finanziert werden können – oder durch weitere Abstriche in der Rentenleistung.

Was also wie eine Maßnahme zum Schließen einer „Gerechtigkeitslücke“ aussehen mag, öffnet in Wahrheit eine neue: die zwischen Jung und Alt. Um heutigen Rentnern Gutes zu tun, wird auf Kosten zukünftiger Generationen gewirtschaftet. Eine nachhaltige Politik sieht anders aus.

Christoph M. Schmidt

Aufschwung in Deutschland auf breiter Basis

Das RWI erhöht seine Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums für das Jahr 2014 gegenüber März 2014 von 1,9 auf 2,0%; für 2015 von 2,1 auf 2,2%. Der Aufschwung in Deutschland wird weiterhin wesentlich von der Binnennachfrage getragen, erst im kommenden Jahr dürften die Exporte wieder kräftiger ausgeweitet werden. Der Arbeitsmarkt dürfte sich im Verlauf dieses Jahres trotz eines schwächeren Frühjahrsaufschwungs positiv entwickeln. Im nächsten Jahr werden durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes voraussichtlich insbesondere Arbeitsplätze im Bereich der geringfügigen Beschäftigung abgebaut werden. Die Finanzlage des Staates dürfte sich aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Lage weiter verbessern, die Inflationsrate vom derzeit niedrigen Niveau aus steigen.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Produktion in Deutschland kräftig ausgeweitet. Entsprechend dem üblichen Muster, wonach die Frühjahrsbelegung nach einem milden Winter nur wenig Dynamik entwickelt, zeichnet sich für das laufende Quartal eine Abschwächung des Produktionszuwachses ab. Nach der auf einer Vielzahl von Indikatoren basierenden Schätzung mit dem Kurzfristmodell des RWI dürfte das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal um 0,4% gegenüber dem Vorquartal ansteigen.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft nur allmählich wieder erhöhen. Ein Grund dafür ist, dass vom Außenhandel – dem traditionellen Motor der deutschen Wirtschaft – nur geringe Impulse zu erwarten sind. So wurden die deutschen Exporte im ersten Quartal lediglich um 0,2% ausgeweitet und dürften im weiteren Verlauf des Jahres aufgrund des schwachen Welthandels nur langsam steigen. Zudem dürfte der anhaltende Konflikt in der Ukraine die Exporte weiterhin belasten. Im kommenden Jahr dürften sie mit der zunehmenden Belegung im Euroraum aber wieder kräftiger ausgeweitet werden.

Der Aufschwung in Deutschland wird weiterhin wesentlich von der Binnennachfrage getragen. Dabei dürfte sich der private Konsum nach der kräftigen Ausweitung zu Jahresbeginn wie durch den RWI-Konsumindikator angezeigt zunächst abschwächen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die private Konsumnachfrage aber stärker zunehmen. Dies ist vor allem zu erwarten, weil die verfügbaren Einkommen angesichts der günstigen Beschäftigungsentwicklung und der kräftigen Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wohl beschleunigt wachsen werden. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes im Jahr 2015 dürfte zwar das Beschäftigungswachstum abschwächen und den Anstieg der Gewinneinkommen dämpfen, die Brutto- und Nettolohneinkommen der privaten Haushalte werden aber wohl weiter zulegen.

Dank guter Konjunktur verbessert sich Finanzlage des Staates weiter

Die aufgrund des milden Winters kräftig gestiegenen Bauinvestitionen lassen einen Rückgang der Bautätigkeit im zweiten Quartal erwarten. In der Grundtendenz bleibt die Baukonjunktur aber günstig. Insbesondere der Wohnungsbau dürfte weiterhin von der positiven Arbeitsmarkt- und Reallohnentwicklung sowie den niedrigen Hypothekenzinsen profitieren. Angesichts der hohen Nachfrage nach Immobilien steigen deren Preise wohl weiter kräftig. Der Wirtschaftsbaue und die Ausrüstungsinvestitionen werden angesichts der zunehmenden Kapazitätsauslastung und günstigeren Finanzierungsbedingungen deutlich ausgeweitet. Auch die Belegung der Auslandsnachfrage dürfte die Investitionstätigkeit anregen. Alles in allem dürfte das BIP daher in diesem Jahr um 2,0% und im kommenden Jahr um 2,2% steigen.

Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. Dies ist neben den von der Bundesregierung beschlossenen Mehrausgaben für Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Verkehrsinfrastruktur vor allem auf die Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung zurückzuführen. Aufgrund der aus der guten Konjunktur resultierenden Einnahmesteigerungen, der Mehreinnahmen aus der kalten Progression und der Entlastungen beim

Aus der Forschung

Schuldendienst in Folge des ausgesprochen niedrigen Zinsniveaus wird sich die Finanzlage des Staates aber weiter verbessern. Der staatliche Budgetüberschuss dürfte im laufenden Jahr von 5 auf 10 Mrd. Euro steigen (0,2% bzw. 0,4% in Relation zum nominalen BIP). Im kommenden Jahr ist mit einem Anstieg auf knapp 17 Mrd. Euro (0,6% des BIP) zu rechnen.

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin günstig

Auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich die Lage im Verlauf dieses Jahres verbessern, auch wenn der Frühjahrsaufschwung schwächer ausfallen wird. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich weiter erhöhen. Allerdings wird der Anstieg zum großen Teil aus Wanderungsgewinnen und der stillen Reserve gespeist, so dass die Zahl der Arbeitslosen weniger stark sinkt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich dabei im Jahresverlauf verlangsamen. Für 2015 wird die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt dämpfen. Es dürfte insbesondere zu einem Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung kommen. Insgesamt wird daher der Anstieg des Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigkeit wohl geringer ausfallen als 2014. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich in diesem und im nächsten Jahr jeweils bei 6,7% liegen.

Angesichts der insgesamt weiter günstigen Perspektiven am Arbeitsmarkt dürften die Lohnzuwächse weiter hoch bleiben. Bestehende Tarifverträge und aktuelle Tarifrunden deuten auf eine kräftige Zunahme der Tariflöhne hin. Die Effektivlöhne dürften in 2014 etwas weniger stark zunehmen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in 2015 wird die Effektivlöhne insgesamt stärker steigen lassen und zugleich die Arbeitskosten deutlich erhöhen.

Der verstärkte Lohnanstieg dürfte sich in Verbindung mit der steigenden gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung in höheren Inflationsraten niederschlagen. Da sich die Teuerung im Mai mit 0,9% aber auf einem sehr niedrigen Niveau befindet, dürfte diese Beschleunigung des Preisauftriebs im Einklang mit dem Stabilitätsziel im Euro-Raum stehen. Mittelfristig bestehen aber nicht zuletzt durch die erneute Zinssenkung der EZB und die Ankündigung weiterer expansiver Maß-

nahmen erhebliche Risiken für die Preisniveaustabilität nicht nur in Deutschland.

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Juni 2014

2013 bis 2015, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014 ⁵	2015 ⁵
Bruttoinlandsprodukt¹	0,4	2	2,2
Verwendung¹			
Konsumausgaben	0,8	1,3	1,8
Private Haushalte ²	0,9	1,5	2
Staat	0,4	0,8	1
Anlageinvestitionen	-0,8	4,9	4,5
Ausrüstungen	-2,4	6	7,8
Bauten	-0,2	4,4	2,5
Sonstige Anlagen	3	3,1	4,3
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	0,7	2,3	2,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,2	-0,1	0,2
Ausfuhr	0,9	4,5	6,2
Einfuhr	1,5	5,4	6,6
Erwerbstätige³, in 1000	41847	42185	42325
Arbeitslose⁴, in 1000	2950	2880	2905
Arbeitslosenquote⁵, in %	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise⁶	1,5	1,2	1,7
Lohnstückkosten⁷	2,1	1,2	1,4
Finanzierungssaldo des Staates⁸			
in Mrd.€	5,2	10	17
in % des nominalen BIP	0,2	0,4	0,6
Leistungsbilanzsaldo⁹			
in Mrd.€	206	212	225
in % des nominalen BIP	7,5	7,5	7,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (Bezogen auf inländische Erwerbspersonen). – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ⁵Eigene Schätzung.

(veröffentlicht in „RWI Konjunkturberichte“, Heft 2/2014)

Informationen: torsten.schmidt@rwi-essen.de

Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage voraussichtlich nicht nennenswert beleben. Zu diesem Ergebnis kommen aktuelle Schätzungen des RWI. Zwar dürfte sich durch den Mindestlohn das Arbeitseinkommen von Arbeitnehmern mit zumeist einfachen Tätigkeiten erhöhen. Gleichzeitig ist jedoch davon auszugehen, dass zahlreiche Unternehmen bei steigenden Kosten die Preise anheben. Zudem werden wohl insbesondere die Inhaber kleiner Unternehmen wegen der sinkenden Gewinne ihren Konsum einschränken. Gesamtwirtschaftlich wird der Effekt des Mindestlohns daher wohl weit geringer ausfallen als von der Bundesregierung erhofft.

Der ab dem 1. Januar 2015 geltende flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wird voraussichtlich nicht zu einer nennenswerten Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen. Daher wird er auch kaum positive Auswirkungen auf die Konjunktur haben. Zu diesem Ergebnis kommen aktuelle Schätzungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Demnach wird der Mindestlohn absehbar kaum zusätzliche Einkommen schaffen, sondern vor allem zu einer Umverteilung der verfügbaren Einkommen führen. Diese wird zu Lasten der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinneinkommen) gehen und sich zu Gunsten von Arbeitnehmern mit zumeist einfachen Tätigkeiten auswirken.

Die Bundesregierung verspricht sich laut Jahreswirtschaftsbericht von dieser Umverteilung nicht nur eine gerechtere Einkommensverteilung, sondern auch eine stärkere gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Bezüglich der Nachfragewirkungen fokussiert sie ihre Argumentation jedoch allein auf die erhoffte Zunahme der Arbeitseinkommen und erwartet, dass deren konjunkturelle Wirkung durch Multiplikatoreffekte weiter verstärkt wird. Zwei aus makroökonomischer Sicht entscheidende Aspekte werden dabei vernachlässigt: Erstens dürften zahlreiche Unternehmen bei steigen-

den Kosten die Preise anheben, was die Kaufkraft aller Konsumenten dämpft. Zweitens sind auch Gewinneinkommen mit 35% ein relevanter Bestandteil der verfügbaren Einkommen. Manche Unternehmer werden zwar versuchen, ihre Gewinnentnahmen zu Lasten der Rücklagen stabil zu halten. Kleinen Unternehmen, die durch den Mindestlohn überdurchschnittlich belastet werden, steht diese Option jedoch wohl häufig nicht offen, so dass deren Inhaber als Konsequenz wohl ihren Konsum einschränken werden.

Lediglich in dem Maße, wie die Konsumquote der Arbeitnehmerhaushalte die der Unternehmerhaushalte übersteigt, sind geringe Nachfrageeffekte zu erwarten. Es sind allerdings sogar Konstellationen denkbar, in denen der Mindestlohn bereits kurzfristig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage reduziert, da aufgrund der Sozialabgaben die Arbeitskosten stärker steigen als die Nettolöhne der Arbeitnehmer.

Diesem Beitrag liegt die RWI Position #58 „Falsche Hoffnungen – Der Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur“ zugrunde.

Informationen: roland.doehrn@rwi-essen.de

Mehr Fachkompetenz in Kontrollorganen deutscher Banken nötig

Trotz eines hohen allgemeinen Ausbildungsstands verfügen nur wenige Mitglieder in den Kontrollorganen von Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken über branchenspezifische Fachkompetenz. Dies gilt insbesondere für die Vorsitzenden der Gremien. Allerdings haben diese im Vergleich zu den übrigen Mitgliedern eine stärker ausgeprägte Führungserfahrung. Zu diesen Ergebnissen kommt ein gemeinschaftliches Forschungsvorhaben des RWI und der RUB. Den stärksten finanzwirtschaftlichen Hintergrund besitzen mit 80% demnach die Mitglieder in den Kontrollorganen privater Banken, bei den Genossenschaftsbanken sind es hingegen nur 7,3%. Insgesamt hängt das Qualifikationsniveau von der Rechtsform und Größe sowie dem Geschäftsmodell der Banken ab.

Aus der Forschung

Laut Kreditwesengesetz müssen Aufsichts- und Verwaltungsräte deutscher Banken in Deutschland neben „Zuverlässigkeit“ auch eine „erforderliche Sachkunde“ besitzen, um die Funktion als Kontrollorganmitglied (KOM) ausüben zu können. Eine empirische Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) sowie des ikf – institut für kredit- und finanzwirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) zeigt jedoch, dass nur 27,2% der KOM über professionelle Branchenerfahrung verfügen. Unter den Vorsitzenden der befragten Banken verfügen sogar nur 12,6% über Erfahrungen in der Finanzbranche, obwohl die gesetzlich definierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement die besondere Verantwortung des Vorsitzenden eines Kontrollorgans betonen.

Auffällig sind die teils erheblichen Unterschiede zwischen Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtlichen sowie privaten Banken: Den stärksten finanzwirtschaftlichen Hintergrund besitzen die KOM in privaten Banken (80%); bei den Genossenschaftsbanken sind es nur 7,3%. Auch der Bildungshintergrund fällt je nach Bankentyp sehr unterschiedlich aus. Zwar haben 64% aller befragten KOM eine Ausbildung und 52,2% ein Studium absolviert. Unter den Ausbildungsabschlüssen findet sich aber nur in 37,3% der Fälle eine Lehre im Bank-Bereich – bei den Genossenschaftsbanken sind es sogar nur 11,7%, bei privaten Banken hingegen 77%. Unter den Hochschulabsolventen bei den privaten Banken schlossen 63% ein Studium der Wirtschaftswissenschaften ab, während dieser Anteil 32,3% bei den Genossenschaftsbanken und nur 24,1% bei den öffentlich-rechtlichen Banken beträgt.

Bisherige Instrumente zur Qualifikationskontrolle sind offenbar zu schwach

Die Unterschiede hinsichtlich der Fachkompetenz liegen zum Teil in der unterschiedlichen Struktur der Banken-Aufsichtsgremien begründet. Beispielsweise ist der Anteil der Arbeitnehmervertreter, die üblicherweise über mehr Fachkompetenz verfügen, bei privaten und öffentlich-rechtlichen Banken höher als bei genossenschaftlichen Banken. Weitere beeinflussende Faktoren sind das Ausmaß der Handelsaktivitäten, der Tätigkeitsradius (lokal oder überregional) und die Größe der Bank.

Die Ergebnisse überraschen insbesondere deshalb, weil die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) seit 2009 standardmäßig die Qualifikation von neu zu berufenden KOM prüft. Bereits zuvor ernannte Mitglieder sind hiervon allerdings nur in Ausnahmefällen betroffen. Dies lässt darauf schließen, dass die derzeit existierenden Instrumente zur Qualifikationskontrolle zu schwach sind und die Anforderungen in Bezug auf die fachliche Qualifikation genauer definiert werden müssen. Daher sollten für alle KOM die gleichen Anforderungen und Prüfmechanismen gelten. Darunter fallen auch Fort- und Weiterbildungspflichten. Insbesondere sollten Vorsitzende eines Kontrollorgans bereits vor ihrer Wahl ihre Qualifikation nachweisen müssen.

Bislang umfangreichste Untersuchung zur Kompetenz von Kontrollorganen

Im Rahmen der bislang umfangreichsten empirischen Studie zur Kompetenz von Aufsichts- und Verwaltungsräten deutscher Banken wurden im Februar 2011 knapp 1800 Banken befragt, darunter Mitgliedsbanken des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und des Bundesverbandes deutscher Banken sowie Banken, die nicht durch einen der genannten Verbände repräsentiert werden. Mehr als 400 Banken und 1100 KOM beantworteten den standardisierten Fragebogen zu den Themen Aus- und Weiterbildung, berufliche Erfahrungen und Positionen sowie weiteren sozio-demografischen Merkmalen der KOM.

Diesem Beitrag liegt die Studie „Glas halb voll oder halb leer? Eine Analyse der Qualifikation von Kontrollorganmitgliedern deutscher Banken“ zugrunde. Sie ist in den „RWI Materialien“ als Heft 78 erschienen.

Informationen: katharina.brach@rwi-essen.de

Elterngeldmütter arbeiten häufiger und haben bessere Jobs

Das Elterngeld hat den Anteil der arbeitenden Mütter signifikant erhöht. Gleichzeitig kehren die Mütter in höherem Maße zum gleichen Arbeitgeber zurück, bei dem sie vor der Geburt des Kindes tätig waren - was wiederum vom Arbeitgeber durch eine höhere Anzahl unbefristeter Verträge belohnt wird. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI, die erstmals die Beschäftigungssituation der Mütter bis zu 5 Jahre nach der Geburt des Kindes untersucht.

Durch das Elterngeld ist der Anteil der arbeitenden Mütter signifikant gestiegen. Dies ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie des RWI, in der erstmals die Beschäftigungssituation der Mütter in der mittleren Frist - bis 5 Jahre nach der Geburt des Kindes - untersucht wird. Die Studie zeigt, dass über diesen längeren Zeitraum gesehen das Elterngeld das Arbeitsmarktverhalten der Mütter nachhaltig verändert hat. Unter anderem hat sich die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, durch das Elterngeld um bis zu 10% erhöht.

Dieser ausgeprägte Effekt ergibt sich aus Zuwächsen in der Teilzeit-, nicht aber der Vollzeitwerbstätigkeit. Gleichzeitig hat sich die angebotene Arbeitszeit innerhalb der Teilzeitberufstätigkeit in der Phase 3 bis 5 Jahre nach der Geburt erhöht: Elterngeldmütter arbeiten signifikant häufiger im oberen Teilzeitbereich von etwa 30 Stunden pro Woche als im Bereich von 15 bis 20 Wochenstunden.

Arbeitgeber belohnen die Rückkehr der Mütter

Das höhere Arbeitsangebot der Mütter in Folge des Elterngeldes trifft offenbar auf entsprechenden Bedarf bei den Arbeitgebern. Denn wie die Studie zeigt, kehren Elterngeldmütter signifikant häufiger zu dem Arbeitgeber zurück, für den sie vor der Geburt des Kindes tätig waren. Diese Rückkehr wird darüber hinaus vom Arbeitgeber belohnt - Elterngeldmütter haben eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit, einen unbefristeten Vertrag zu erhalten.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Schluss, dass das Elterngeld die Beschäftigungssituation der Mütter fundamental verändert hat: Erstens arbeiten mehr Mütter als zuvor; zweitens leisten die arbeitenden Mütter längere Arbeitszeiten; drittens kehren sie in stärkerem Maße zu ihrem früheren Job zurück; viertens belohnt dies der Arbeitgeber durch unbefristete Verträge. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit von Elterngeldmüttern, innerhalb des 5-Jahres-Zeitraums ein weiteres Kind zu bekommen, geringfügig gesunken ist, insbesondere unter den jüngeren Müttern (29 Jahre oder jünger bei Geburt des betrachteten Kindes). Dieses Verhalten hängt vermutlich mit der Entscheidung zusammen, früher wieder in das Berufsleben zurückzukehren, spätere Geburten sind demnach nicht ausgeschlossen. Der Effekt auf die Gesamtfertilität (also insbesondere auch die Anzahl der Erstgeburten) ist empirisch nicht messbar.

Die Generosität des Elterngeldes prägt insbesondere das erste Jahr, so dass derart ausgeprägte Langzeiteffekte auf das Arbeitsmarktverhalten der Mütter nicht zu erwarten waren. Die Ergebnisse der Studie legen daher nahe, dass dies vor allem auf eine durch die Reform angestoßene fundamentale Neudefinition gesellschaftlicher Muster und Normen zurückzuführen ist: Das Elterngeld definiert mit seiner Bezugsdauer von 12+2 Monaten erstmals einen „Anker“ im Sinne eines gesellschaftlich akzeptierten, durch das Bezugsende präzise definierten Zeitpunkts, an dem Mütter wieder in das Erwerbsleben zurückkehren. Und dies scheint - wie das Zusammenspiel von Arbeitsangebots- und Nachfrageeffekten zeigt - sowohl Müttern als auch deren Arbeitgebern wichtige Planungssicherheit zu geben.

Studie umfasst etwa 11 600 Haushalte

Die Studie basiert auf Daten des Mikrozensus der Jahre 2006 bis 2011 und umfasst mehr als 11 600 Mütter, von denen knapp 5 900 in der Gruppe der Elterngeldbezieherinnen sind und rund 5 700 in der Vergleichsgruppe (Potentielle Bezieherinnen von Erziehungsgeld). Um den kausalen Effekt des Elterngeldes zu ermitteln, verwendet die Studie ein Stichtagsdesign rund um den 1. Januar 2007, an dem die Regelung in Kraft trat: Mütter

Aus der Forschung

in der Elterngeldgruppe bekamen ihre Kinder im ersten Quartal 2007, Mütter in der Vergleichsgruppe im letzten Quartal 2006. Da zum Zeitpunkt der Zeugung dieser Kinder die Eltern noch nichts von der Neuregelung wissen konnten, ist die verwendete Stichprobe frei von jeglichen Selektionsverzerrungen und kann somit die Auswirkungen des Elterngeldes präzise und stichhaltig messen.

Diesem Beitrag liegt das Ruhr Economic Paper #481 „Social Norms and Mothers‘ Labor Market Attachment: The Medium-Run Effects of Parental Benefits“ zugrunde.

Informationen: jochen.kluve@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

Betriebsbefragungen für das Betriebspanel im Land Thüringen 2014. Erstellung des Länderberichts Thüringen – Auswertung der 19. Welle
Auftraggeber: Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT)
Ansprechpartnerin: Dr. Sandra Schaffner
Laufzeit: 1 Jahr

Contributing to Coral Commons
Auftraggeber: Leibniz-Gemeinschaft (WGL)
Ansprechpartner: Prof. Colin Vance, PhD
Laufzeit: 3 Jahre

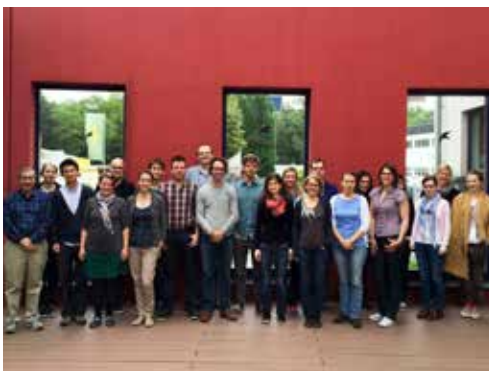
Erarbeitung von Umsetzungsvorschlägen der Positionen der Ersatzkassen zur Krankenhausplanung
Auftraggeber: Verband der Ersatzkassen - vdek
Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky
Laufzeit: 4 Monate

Aus der Universität Duisburg-Essen

CINCH Academy 2014

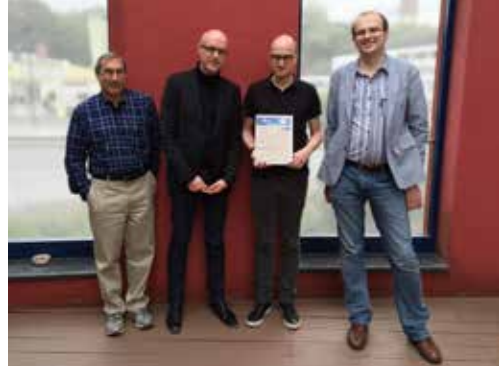
Im Mai trafen sich Nachwuchswissenschaftler aus der Gesundheitsökonomik in Essen für die 7-tägige CINCH-Academy. Im Fokus der diesjährigen Summer School des CINCH standen empirische Methoden der Gesundheitsökonomie.

Vom 24. bis 30. Mai fand zum zweiten Mal mit großem Erfolg die CINCH Academy in Essen statt. 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – darunter drei aus dem RWI – wurden aus einem internationalen Bewerberfeld für die Teilnahme ausgewählt. Die CINCH Academy ist eine Summer School für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Gesundheitsökonomik, die unter dem Dach des gesundheitsökonomischen Forschungszentrums CINCH („competent in competition and health“) organisiert wird. Das Forschungszentrum CINCH ist eine Kooperation des RWI, der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Universität Duisburg-Essen.



Junge Gesundheitsökonominnen unter sich: Die Teilnehmer der 2. CINCH-Academy.

Im Vordergrund der Vorlesungen in diesem Jahr standen empirische Methoden. Hierfür konnten die international renommierten Dozenten Michael Lechner (Universität St. Gallen) und William Greene (New York University) gewonnen werden, die den Teilnehmern eine breite Übersicht über den methodischen Werkzeugkasten der empirischen Gesundheitsökonomie gaben.



Best-Paper-Award: Dozent William Greene und die Jury-Mitglieder Martin Karlsson und Maksym Obrizan mit dem Gewinner Christian Krekel (2. von rechts).

Darüber hinaus konnte jeder Teilnehmer seine eigene aktuelle Forschungsarbeit präsentieren und anschließend zur Diskussion stellen.

Erstmals wurde in diesem Jahr die beste Arbeit aller Teilnehmer mit dem Best-Paper-Award ausgezeichnet: Christian Krekel vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) konnte die Jury mit seiner Arbeit „Natural Disaster, Policy Action, and Mental Well-Being: The Case of Fukushima“ überzeugen.

Informationen: cinch.academy@wiwinf.uni-due.de

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Rethinking Barker

Unterstützt von der Stadt Essen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, fand vom 30. Mai bis zum 1. Juni die internationale gesundheitsökonomische Fachkonferenz „Rethinking Barker – The Essen Health Conference“ statt.

Zahlreiche national und international angesehene Forscher folgten der Einladung der Veranstalter Martin Karlsson (Universität Duisburg-Essen) und Therese Nilsson (Lund University) und diskutierten in über 30 Vorträgen die Wirkungen frühkindlicher Bedingungen auf die spätere Entwicklung.

Einer Hypothese des britischen Epidemiologen David Barker folgend, sind äußerliche Umwelteinflüsse während der Zeit im Mutterleib prägend für die langfristige gesundheitliche Entwicklung von Kindern. Unter dem Motto „Rethinking Barker“ gingen die Konferenzbeiträge über Barkers ursprüngliche Hypothese hinaus: Neben dem Effekt auf die Gesundheit im späteren Leben standen insbesondere auch der Effekt auf Bildungsteilnahme und Arbeitsmarkterfolg der Kinder im Vordergrund.

Bereichert wurde der wissenschaftliche Gedankenaustausch durch Plenarvorträge der internationalen Spitzenforscher Gabriella Conti (University College London), Paul Devereux (University College Dublin), Pramila Krishnan (University of Cambridge) und Heather Royer (University of California – Santa Barbara).

Kairies-Schwarz Juniorprofessorin für experimentelle Wirtschaftsforschung

Nadja Kairies-Schwarz ist seit dem 1. Mai 2014 Juniorprofessorin für experimentelle Wirtschaftsforschung an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Gruppenleiterin der Nachwuchsgruppe „Preferences and Behaviour of Providers and Consumers in Health Care Markets“. Diese ist eine von zwei Nachwuchsgruppen im vom Bundesministerium für Bildung und

Forschung geförderten gesundheitsökonomischen Kompetenzzentrum CINCH – competent in competition and health.

Ein besonderer Forschungsschwerpunkt von Frau Dr. Kairies-Schwarz im Bereich der experimentellen Wirtschaftsforschung wird auf der Wirkung von unterschiedlichen Anreizen im Gesundheitswesen liegen. Aktuell forscht sie unter anderem zur Wirkung unterschiedlicher Vergütungssysteme für Ärzte und analysiert individuelle Entscheidungskriterien bei der Wahl von Krankenversicherungsverträgen.

Forschungsprojekt: Das Ruhrgebiet als Vorbild für Südeuropa

Das Ruhrgebiet hat den Strukturwandel hinter sich, vielen Regionen Südeuropas steht er noch bevor. Dabei können Griechenland, Zypern, Portugal und auch Süditalien durchaus vom Revier lernen, glaubt Prof. Dr. Ansgar Belke. Der Finanzexperte der Universität Duisburg-Essen (UDE) untersucht in einem Forschungsprojekt, wie die Sorgenkinder der EU aus der Krise kommen können, damit das Gleichgewicht im Euroraum wieder hergestellt wird.



Dr. Ansgar Belke

„Bei allen Unterschieden gibt es auch Parallelen“, erklärt Belke, „etwa eine hohe Arbeitslosigkeit durch einen notwendigen raschen Strukturwandel. Außerdem hat das Ruhrgebiet Erfahrung damit, sich neu aufzustellen – warum sollten andere Länder nicht davon profitieren? Uns interessiert, welche gelungenen Beispiele sich auf Südeuropa übertragen lassen. So könnten die Universitäten als Motor für Innovationen mit der regionalen Wirtschaft verzahnt werden.“

Die Stiftung Mercator fördert das Projekt in den nächsten 12 Monaten mit knapp 42 000 Euro.

1. RWI Research Network Conference zu „Economics of Education“ in Berlin

Am 13. Juni fand die erste Konferenz des neuen „RWI Research Network“ zum Thema „Economics of Education“ in Berlin statt. Rund 50 Bildungsökonominnen aus dem In- und Ausland nutzten die eintägige Veranstaltung in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft zur Diskussion aktueller Forschungsarbeiten und für die internationale Vernetzung. Den Keynote-Vortrag hielt Professor Jan van Ours.

Zu Beginn seines Plenarvortrages über den Zusammenhang von Bildung und Arbeitsmarkt im Kontext der jüngsten globalen Wirtschaftskrise wies Jan van Ours, Professor an den Universitäten von Tilburg und Melbourne, darauf hin, dass Bildungsökonominnen mitunter frontal angegriffen werden. So hatten vermeintlich humanistische Verfechter des einzig wahren, schönen und guten Bildungsbegriffs die Ausbreitung des zentralen Konzepts des Humankapitals („Human Capital Theory“) als „Human Cattle Theory“ denunziert, weil der sich bildende Mensch dadurch angeblich zu einem schlichten Produktionsfaktor, vergleichbar mit Nutztieren, reduziert würde. Doch die Qualität der wissenschaftlichen Erkenntnisse und ihre Relevanz für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik haben die Bildungsökonomie längst als selbstbewusste Teildisziplin der Ökonomik etabliert.

Das hatte sich im Frühjahr auch an der Resonanz auf den „Call for Papers“ zur ersten Konferenz des im Aufbau befindlichen „RWI Research Network“ (s. Kasten) gezeigt. Aus über 80 Einreichungen zum Thema

„Economics of Education“ hatten die Organisatoren Dr. Marcus Tamm (Bildungsökonom im Büro Berlin des RWI) und Dr. Mathias Sinning (Senior Lecturer an der University of Queensland/Australien) mit Unterstützung eines international besetzten wissenschaftlichen Komitees schließlich 37 Paper ausgewählt. In vier Blöcken deckten insgesamt zwölf Sessions mit Referenten aus zehn Ländern – von England und Frankreich über Ungarn und die Schweiz bis zu Thailand und Australien – das komplette Spektrum der empirischen Bildungsökonomik ab, von Einflussfaktoren auf Bildungsentscheidungen

über makroökonomische Effekte bis hin zu Fragen der Hochschul- und Studienfinanzierung. Nicht zuletzt das von sommerlichem Wetter begünstigte Rahmenprogramm, bestehend aus einem gemeinsamen Barbecue am Vorabend der Konferenz und der Möglichkeit zum gemeinsamen Public Viewing der ersten Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft am Ufer der Spree, trug zur sehr positiven Resonanz unter den insgesamt rund fünfzig Teilnehmern der Konferenz bei.

Informationen: marcus.tamm@rwi-essen.de



Impressionen von der ersten Konferenz des RWI Research Network.

Termine

„RWI Research Network“

Das RWI Research Network befindet sich derzeit im Aufbau. Seine Zielgruppe sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und insbesondere auch aus dem Ausland, mit denen das RWI regelmäßig in Projekten der Forschung oder der Politikberatung zusammenarbeitet. Es wendet sich insbesondere auch an Alumni, die am RWI promoviert wurden oder sich habilitiert haben und dem Institut in ihrer anschließenden Tätigkeit weiterhin aktiv verbunden sind. Die gemeinsame Grundlage für die vielfältigen Aktivitäten des RWI Research Network ist das geteilte Verständnis über die gesellschaftliche Bedeutung und die unverzichtbaren Qualitätsmaßstäbe empirischer Wirtschaftsforschung und darauf aufbauender evidenzbasierter Politikberatung. Insofern gilt auch und gerade für das RWI Research Network der RWI-Claim „Research with Impact“. Weitere Informationen finden sich auf der Website des RWI unter: <http://www.rwi-essen.de/forschung-und-beratung/network/>

Neue Veranstaltungsreihe rwi impuls gestartet

Am 12. Juni hat das RWI in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin die neue Veranstaltungsreihe „rwi impuls“ gestartet. Unter diesem Titel werden künftig in loser Folge politikorientierte Hintergrundgespräche in der Hauptstadt ausgerichtet, die sich gezielt an individuell eingeladene Mandats- und Entscheidungsträger aus Parlamenten, Ministerien, Wirtschaft und Verbänden richten. Als nichtöffentliches Format zur möglichst offenen Erörterung kontroverser Themen finden diese Gespräche unter der so genannten „Chatham House Rule“ statt: Jeder Teilnehmer kann die erhaltenen Informationen nutzen, darf aber die Urheber einzelner Aussagen und Kommentare nicht öffentlich machen. „Ein rwi impuls bietet dem Institut die Möglichkeit für einen sehr unmittelbaren Austausch mit den für das jeweilige Thema relevantesten Akteuren“, erläutert Nils aus dem Moore, Leiter der Abteilung Kommunikation des RWI, das Konzept.



RWI-Kommunikationschef Nils aus dem Moore begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 1. rwi impuls in Berlin.

Beim Auftakt ging es am Vorabend der RWI Research Network Conference (siehe Seite 11) ebenfalls um ein bildungsökonomisches Thema, konkret um die „Perspektiven der Studienfinanzierung“. Den einleitenden Vortrag hielt Professor Bruce Chapman, Director of Policy Impact an der Crawford School of Public Policy der Australian National University und einer der ersten Fellows des neuen RWI Research Network. Er hat das international als vorbildlich geltende System der australischen Studienfinanzierung durch eine einkommensabhängige, nachgelagerte Graduiertensteuer entwickelt und seine Einführung in Australien und einer Reihe weiterer Länder als Berater unterstützt. Im Anschluss an eine Kommentierung mit Blick auf die Situation in Deutschland durch RWI-Präsident Christoph M. Schmidt wurde mit zwölf Teilnehmern aus Bundesministerien, Bundestagsfraktionen, Wissenschaftsorganisationen und in Berlin ansässigen Stiftungen und Denkfabriken intensiv diskutiert.



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und Prof. Bruce Chapman.

Informationen: nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Nachbarschaftseffekte

Mein Haus, mein Auto, mein Beruf – der „Workshop on Neighbourhood Effects“ fasste die Ergebnisse des Projekts „Nachbarschaftseffekte: Die Analyse individuell-rationalen Verhaltens im sozialen Kontext“ zusammen. Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten am 5. und 6. Juni am RWI den Einfluss von Nachbarschaft auf das individuelle Verhalten einerseits und die Definition von Nachbarschaft (was ist eine Nachbarschaft, wie lässt sie sich (statistisch) abgrenzen) andererseits. Als Keynote Speaker konnten Maarten van Ham (Universität Delft) und Paul Elhorst (Universität Groningen) gewonnen werden.



Denkanstöße wurden aus den Sessions in die gemeinsame Mittagspause mitgenommen und dort weiter diskutiert.

Der erste Tag stand im Zeichen der Analysen zu Nachbarschaftseffekten und der Frage „Wie kann man den Einfluss der Nachbarschaft auf das eigene Verhalten messen?“ Beim gemeinsamen Conference Dinner im Essener „mittendrinn“ konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in gemütlicher Atmosphäre weiter netzwerken und ihre Gedanken zum Thema austauschen. Kleinräumige Daten – für die Analyse von Nachbarschaftseffekten unverzichtbar – standen am zweiten Workshoptag im Fokus. Hier kamen Forscher, aber vor allem auch Datenanbieter zu Wort.

Zum Abschluss zogen sowohl die Organisatoren als auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine durchweg positive Bilanz der zwei intensiven Workshop-Tage am RWI.

Das Projekt Nachbarschaftseffekte – bearbeitet seit Januar 2011 unter Federführung des Forschungsdatenzentrums Ruhr am RWI (FDZ Ruhr), gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der University of Melbourne sowie der Australian National University – endete am 30. Juni. Finanziert wurde das Projekt durch den „Pakt für Forschung und Innovation“ der Leibniz-Gemeinschaft.

Informationen: sandra.schaffner@rwi-essen.de

Forschungsforum Energiewende

Am 19. Mai kam das Plenum des Forschungsforums Energiewende zur ersten Sitzung in diesem Jahr in Berlin zusammen. Im Vordergrund der Expertendiskussion stand insbesondere die „Strategische Forschungsagenda Energiewende“. RWI-Präsident Christoph M. Schmidt stellte dort Handlungsoptionen für die europäische Integration der Energiewende vor.

25 Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutierten am 19. Mai im Berliner Auditorium Friedrichstraße im Rahmen des Forschungsforums Energiewende über die Fragen „Was können Wissenschaft und Forschung konkret zum Ge-

Termine

lingen der Energiewende beitragen?“ und „Wie lässt sich die Energieforschung in Deutschland auf dieses Ziel ausrichten?“

Bei den Diskussionen des Plenums stand insbesondere die „Strategische Forschungsagenda Energiewende“ im Fokus. Die Agenda nennt zentrale Forschungsthemen für die Zeit ab 2020 und soll in das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung einfließen, das unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie weiterentwickelt wird.

Auch die Wissenschaftler des Akademienprojekts „Energiesysteme der Zukunft“ arbeiten an der Strategischen Forschungsagenda mit. Die gemeinsame Initiative von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Nationaler Akademie der Wissenschaften Leopoldina und Union der deutschen Akademien der Wissenschaften erarbeitet in acht interdisziplinären Arbeitsgruppen Handlungsoptionen für eine nachhaltige Energieversorgung.



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt stellte Handlungsoptionen für die europäische Integration der Energiewende vor.

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt, Leiter der Arbeitsgruppe Ökonomie, und Ottmar Edenhofer, stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), stellten beim Forschungsforum gemeinsam verschiedene Handlungsoptionen für die europäische Integration der Energiewende zur Diskussion.

Zusammen mit führenden Forschern des PIK, des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI) und des Duesseldorf Institute for Competition Economics (DICE) analysieren Wissenschaftler des RWI in der Arbeitsgruppe Ökonomie die ökonomischen

Rahmenbedingungen für die Migration in das zukünftige Energiesystem und beschreiben Handlungsoptionen für geeignete Finanzierungsinstrumente, Anreizmechanismen und Marktdesigns.

Informationen: michael.themann@rwi-essen.de

Aus erster Hand: Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose

Am 29. April stellte der stellvertretende RWI-Konjunkturechef Dr. Torsten Schmidt auf Einladung der Freunde und Förderer des RWI die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose in Düsseldorf vor. RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt vermittelte in seiner Rolle als Vorsitzender des Gremiums im Anschluss die Perspektive des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Gesellschaft der Freunde und Förderer (FuF) des RWI hatte am 29. April zur Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose in die Commerzbank nach Düsseldorf eingeladen. Mehr als 60 Gäste nahmen die Gelegenheit wahr, sich aus erster Hand über die Ergebnisse der Gemeinschafts-Konjunkturprognose vom Frühjahr zu informieren.

„Mehr erste Hand geht nicht in NRW“

Neben Manfred Breuer, dem Präsidenten der FuF, und dem RWI-Präsidenten Prof. Dr. Christoph M. Schmidt hieß auch der Gastgeber Michael T. Krüger, Firmenkundenchef der Commerzbank, die Zuhörerinnen und Zuhörer herzlich willkommen. Er betonte, dass niemand die Veranstaltung früher verlassen müsse als notwendig – das später am Abend stattfindende Fußball Champions League-Halbfinale könne hervorragend bei kühlen Getränken auf der Leinwand im Anschluss an die Diskussion mit dem Publikum verfolgt werden. Michael Krüger wies darauf hin, dass man Veranstaltungen wie diese nutzen solle – schließlich erfahre man hier aus erster Hand, wie die aktuelle Prognose aussehe und könne sich so wirtschaftspolitisch „alphabetisieren“.



Gastgeber und Referenten der Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose: Dr. T. Schmidt, Prof. Dr. C. M. Schmidt, M. Breuer und M. T. Krüger (v. l. n. r.).

Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik

Der stellvertretende Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Konjunktur, Wachstum, Öffentliche Finanzen“, Dr. Torsten Schmidt, begann anschließend seine Präsentation der Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose mit einem Blick auf das internationale Umfeld: Für die Weltwirtschaft wird weiterhin ein Wachstum erwartet, das nun vor allem von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie beispielsweise den USA getragen wird. Die Euro-Länder erholen sich langsam, was positive Auswirkungen auf exportstarke Länder wie Deutschland hat. Mögliche Risiken für den Aufschwung sind die Geldpolitik in den USA, die Deflationsangst im

Euro-Raum sowie der Russland-Ukraine-Konflikt. Aufgrund der eher geringen Verflechtung der Handelsbeziehungen von Deutschland und Russland sei für den letzten Fall davon auszugehen, dass es sich um begrenzte Effekte handle, die das Wachstum nicht gefährdeten, so Schmidt.

Im zweiten Teil der Präsentation ging Dr. Schmidt auf die Lage Deutschlands ein. Hier erwartet die Gemeinschaftsdiagnose für 2014 eine deutliche Zunahme der Produktion bei starker Binnennachfrage. Nahezu ausgelastete Produktionskapazitäten sollten für einen Anstieg der Investitionen sorgen. Auch der private Konsum stütze den Aufschwung.

Auch die Prognose für 2015 sieht weiterhin ein hohes Wachstum sowie eine steigende Binnennachfrage. Allerdings dürfte die Einführung eines Mindestlohns diese Expansionen spürbar, wenngleich nicht gravierend dämpfen.

Wie bleibt Deutschland leistungsfähig?

Im zweiten Teil der Veranstaltung gab Prof. Dr. Christoph M. Schmidt vor allem seiner Sorge über den kurzfristigen Blick der aktuellen Wirtschaftspolitik Ausdruck. Momentan gebe es nur eine demografische Atempause, die zur Konsolidierung des Staatshaushalts genutzt werden sollte, anstatt zur Einführung der Rente mit 63. Vor allem müssten die sozialen Sicherungssysteme demografiefest gemacht werden. Prof. Schmidt kritisierte, dass die auf die Umverteilung gerichtete Konzentration langfristig keinesfalls dazu führe, dass es allen besser gehe. Deutschland müsse vielmehr in der mittleren und langen Frist als Bildungs- und Investitionsstandort gesichert werden.

In einer an den Vortrag anschließenden Fragerunde konnte sich das Publikum mit in die Diskussion einbringen: Die RWI-Forscher beantworteten dabei Fragen zu den Auswirkungen der steigenden Energiepreise, zum Mindestlohn und der Geldpolitik der EZB. Am Rande des Buffets konnten die Gäste schließlich direkt im Gespräch mit den Referenten ihre im Laufe des Abends gewonnenen Erkenntnisse vertiefen.

Termine

RGS Mini Lectures

Die RGS Mini Lectures sind ein beliebtes Format im Rahmen der Doktorandenausbildung an der Ruhr Graduate School in Economics (RGS) – und im April konnten die Studenten gleich zwei Mal vom Wissen hochrangiger Gastdozenten profitieren.

Vom 2. bis 4. April unterrichtete Prof. Bernd Fitzenberger, Inhaber des Lehrstuhls Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die RGS-Doktorandinnen und -Doktoranden zum Thema Quantilsregressionen. Die dreitägige Blockveranstaltung thematisierte sowohl die ökonometrischen Grundlagen dieser anspruchsvollen analytischen Methode als auch die praktische Anwendung in der Statistik-Software STATA und die dort auftretenden Probleme.

Prof. David Jaeger war vom 22. bis 24. April zu Besuch in Essen. Er bekleidet eine Professur an der City University of New York und ist derzeit Gastprofessor an der Universität zu Köln. An der RGS dozierte er über



„Economics of Immigration“. Neben einem Überblick über aktuelle Forschungsfelder in der Migrationsforschung stand die Diskussion von aktuellen RGS-Forschungsarbeiten im Mittelpunkt. Die Doktoranden profitierten dabei insbesondere von Prof. Jaegers de-

tailliertem Feedback bezüglich der eigenen Promotionsprojekte.

Neues aus Berlin

Bundeskanzlerin Merkel gegen Wachstum auf Pump



Die Aufzeichnung des Interviews von Nils aus dem Moore mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel fand am 10. Mai im Kanzleramt statt.

Nils aus dem Moore, RWI-Kommunikationschef und -Wissenschaftler, stellte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Rahmen ihres Video-Podcasts am 10. Mai fünf Fragen zu aktuellen Themen der Wirtschaftspolitik. Die Kanzlerin nahm Stellung zu Themen wie Ukraine -Konflikt, Euro-Krise oder dem geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP.

Nils aus dem Moore: Frau Bundeskanzlerin, in der kommenden Woche empfangen Sie die Chefs der fünf finanz- und wirtschaftspolitischen Spitzeninstitutionen der Welt. Dabei wird es auch um die Ukraine-Krise gehen, in der ja wirtschaftliche Fragen auch von großer Bedeutung sind. Glauben Sie, dass Russland durch Wirtschaftssanktionen zur Deeskalation bewegt werden kann?

Bundeskanzlerin Merkel: Erst einmal vorweg: Ich empfinde diese fünf Wirtschaftsinstitutionen jedes Jahr, weil ich einen Beitrag dazu leisten wollte, seitdem wir 2007 die Europäische Präsidentschaft hatten und

das letzte Mal die G7-Präsidentschaft hatten, dass wir deutlich machen: Wir brauchen globale Institutionen, um auch einen globalen Ordnungsrahmen für so etwas wie soziale Marktwirtschaft weltweit zu schaffen. Und natürlich sprechen wir auch über aktuelle Themen, aber es geht im Grunde auch immer um Themen, die eine nachhaltige Wachstumsagenda insgesamt aufzeigen.

Was die Ukraine anbelangt, so glaube ich, dass unser Weg richtig ist, mit drei Ansätzen vorzugehen. Der eine heißt: Wir wollen die Ukraine unterstützen, dass die Menschen frei entscheiden können, wie sie mit ihrem Land leben wollen. Das Zweite ist: Wir wollen mit Russland Gespräche suchen, um diplomatische Lösungsmöglichkeiten zu finden; und natürlich auch mit der Ukraine. Und das Dritte ist: Wenn dieses nicht gut vorankommt, müssen durchaus auch Wirtschaftssanktionen ins Auge gefasst werden. Aber sie sind kein Selbstzweck, sondern es geht im Kern um die diplomatische Lösung einer schwierigen Situation. [...]

In den vergangenen Jahren stand ja die Finanz- und Wirtschaftskrise im Mittelpunkt Ihrer Treffen mit den Chefs von Weltbank, Währungsfonds & Co. Inzwischen sagen Optimisten: „Die Krise ist vorbei“. Pessimisten argumentieren, dass die Strukturprobleme weitgehend ungelöst und die Schuldenberge vielerorts größer sind denn je. Wie schätzen Sie die Lage ein, insbesondere mit Blick auf die Eurozone?

Ich glaube, dass die Weltwirtschaft im Augenblick die Chance hat, zu einem gewissen Wachstumspfad zurückzukehren. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass das nicht wieder auf Pump und mit der Gefahr von Blasen im Finanzmarkt verbunden sein darf. Deshalb bleibt für mich die Finanzmarktregulierung weiter auf der Tagesordnung. Und wir werden bei dem G20-Treffen im Herbst in Australien auch gerade die Regulierung der Schattenbanken noch einmal im Visier haben. Da ist noch nicht ausreichend passiert, was notwendig ist. [...] Zweitens, was die Eurokrise selbst anbelangt, so glaube ich, dass wir ein ganzes Stück vorangekommen sind, aber die Krise ist nicht überwunden. Warum nicht? Weil in der Tat die Schuldenstände weitaus höher sind, als wir das im Stabilitäts- und Wachstumspakt mit 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verankert haben. [...]

Zum Schluss, Frau Bundeskanzlerin, möchte ich Ihnen noch eine kritische Frage stellen: Zentrale Projekte der Großen Koalition – der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 und die Mütterrente – werden nicht nur von Ökonomen im Inland als rückwärtsgewandte Politik kritisiert; auch der international renommierte „Economist“ spricht von „going backwards“. Können Sie künftig andere Länder noch glaubwürdig zu wachstumsfreundlichen Reformen auffordern, wenn Ihre eigene Regierung im Inland den Rückwärtsgang einlegt?

In der Tat haben wir jetzt Maßnahmen beschlossen, die eher dem Prinzip der Gerechtigkeit als dem Prinzip der Zukunftsvorsorge gehorchen. Wir haben in den letzten zehn Jahren bei den Lohnfindungen eine sehr große Arbeitnehmerzurückhaltung gehabt, und wir haben dann auch neue Ungerechtigkeiten gesehen. Und darauf antworten wir jetzt. Dennoch müssen wir natürlich die Zukunft im Blick haben. Da gibt es aber auch wichtige politische Maßnahmen, und da will ich auf den ausgeglichenen Haushalt verweisen, den wir ab 2015 anstreben. Keine neuen Schulden, Abbau der Gesamtverschuldung von 80 Prozent wieder auf 60 Prozent, wie es der Stabilitäts- und Wachstumspakt sagt, und dann auch die Investition in Forschung und Entwicklung. Mit drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gehört Deutschland zu den führenden Ländern, zumindest in Europa und auch weltweit.

Was die von Ihnen angesprochene Rente mit 63 anbelangt, möchte ich noch ein Missverständnis ausräumen: Es geht hier darum, dass in Zukunft für Menschen, die 45 Beitragsjahre aufweisen, nicht ein Renteneintritt mit 65 möglich ist, wie es heute festgeschrieben ist, sondern mit 63 – aufwachsend auch wieder auf 65 Jahre. Die Rente für alle anderen, die in Richtung 67 aufwächst, bleibt erhalten. Und damit gehören wir in Europa zu den Ländern, die für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung diesen Weg beschritten haben, und da sind noch längst nicht alle europäischen Staaten so weit. Insofern kann ich auch woanders weiter für Strukturreformen werben.

Die vollständige Fassung des Interviews (Textversion, Video und Audio) finden Sie unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Podcast/2014/2014-05-10-Video-Podcast/2014-05-10-Video-Podcast.html>.

Publikationen

Ruhr Economic Papers ■

Download der Ruhr Economic Papers unter www.rwi-essen.de/rep

#478 Ludwig, J. (RGS, RUB)

The Role of Education and Household Composition for Transitory and Permanent Income Inequality. Evidence from PSID Data

#479 Görlitz, K. und S. Rzepka (RUB, RWI)

Does Regional Training Supply Determine Employees' Training Participation?

#480 Andor, M., M. Frondel und C. Vance (RUB, RWI)

Mitigating Hypothetical Bias – Evidence on the Effects of Correctives from a Large Field Study

#481 Kluge, J. und S. Schmitz (RWI)

Social Norms and Mothers' Labor Market Attachment. The Medium-run Effects of Parental Benefits

#482 Gros D., C. Alcidi, A. Belke, L. Coutinho und A. Giovannini (UDE)

State-of-Play in Implementing Macroeconomic Adjustment Programmes in the Euro Area

#483 Roos, M. W.M. und A. Orland (UDE)

Economic Beliefs and Party Preference

#484 Bredtmann, J., S. Otten und C. Rulff

Husband's Unemployment and Wife's Labor Supply – The Added Worker Effect across Europe

#485 Bohnstedt, A. (UDE)

Are Public and Private R&D Investments Complements or Substitutes?

#486 Calero, C., V. Gonzales, Y. Soares, J. Kluge und H. Corseuil (RWI)

Can Arts-Based Interventions Enhance Labor Market Outcomes among Youth? Evidence from a Randomized Trial in Rio de Janeiro

18 RWI News 2/2014

#487 Bergheim, R., J. Ernstberger und M. W.M. Roos (RUB)

How Do Fair Value Measurements of Financial Instruments Affect Investments in Banks?

#488 Bergheim, R. (RUB)

Information Acquisition and Decisions under Risk and Ambiguity

RWI Materialien ■

Download der RWI Materialien unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien/

Heft 76 Schaffner, S. und B. Treude

Minijobs in NRW - Datenbeschreibung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbefragung

Heft 77 Budde, R. und L. Eilers

Sozioökonomische Daten auf Rasterebene - Datenbeschreibung der microm-Rasterdaten

Heft 78 Körner, T., O. Müller, S. Paul und C. M. Schmidt

Glas halb voll oder halb leer? Eine Analyse der Qualifikation von Kontrollorganmitgliedern deutscher Banken

Heft 79 Andor, M., M. Frondel und C. Vance

Diskussionspapier: Zahlungsbereitschaft für grünen Strom – Die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Heft 80 an de Meulen, P., M. Micheli und S. Schaffner

Documentation of German Real Estate Market Data. Sample of real estate advertisements on the internet platform ImmobilienScout24, 2007-2013

Heft 81 Frondel, M. und S. Sommer

Diskussionspapier: Energiekostenbelastung privater Haushalte – Das EEG als sozialpolitische Zeitbombe?

RWI Positionen

Download der RWI Positionen unter
www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen/

#57 Frondel, M., C. M. Schmidt und C. Vance (8. April 2014)

„Grüner“ Strom gleich guter Strom? Warum Solarförderung ein teurer Irrtum ist

#58 Döhrn, R. (27. Mai 2014)

Falsche Hoffnungen - Der Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur

Intern

RWI-Vizepräsident in Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten berufen



neu im Rat: Prof. Dr. Thomas K. Bauer.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Vizepräsident des RWI und Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum, mit Wirkung zum 18. Juli für drei Jahre in den Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) berufen.

Zusammen mit sieben anderen Vertreterinnen und Vertretern der Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften und acht Vertreterinnen und Vertretern der Datenproduktion wird er für den Zeitraum von 2014 bis 2017 (5. Berufungsperiode) der Aufgabe nachgehen, die Forschungsdateninfrastruktur für die empirische Forschung nachhaltig zu verbessern und somit zu ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.

Der RatSWD wurde erstmals im Sommer 2004 vom BMBF im Einvernehmen mit allen Bundesressorts berufen und berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der Erweiterung und Verbesserung der Forschungsinfrastruktur für die empirischen Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften. Er ist ein unabhängiges Gremium von empirisch arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Universitäten, Hochschulen und anderen Einrichtungen unabhängiger wissenschaftlicher Forschung sowie von Vertreterinnen und Vertretern wichtiger Datenproduzenten und Servicezentren.

RWI-Gremien: Personalia



Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter

Sowohl der Forschungsbeirat als auch der Verwaltungsrat haben Verstärkung bekommen: Die Mitgliederversammlung des RWI hat in ihrer Sitzung am 2. Juni Dr. Thomas Köster, Leiter des Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft und Hauptgeschäftsführer a.D. der Handwerkskammer Düsseldorf, sowie Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, für weitere drei Jahre als Mitglieder des Verwaltungsrates bestätigt. Neu in den Verwaltungsrat gewählt wurde der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Hochtief AG, Dr.-Ing. Herbert Lütkestratkötter.

Den Forschungsbeirat verstärken künftig Prof. Dr. Nadine Riedel, Inhaberin des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Ruhr-Universität Bochum, und Prof. Dr. Monika Büttler, Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik am Schweizerischen Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen.



Prof. Dr. Monika Büttler

Prof. Dr. Nadine Riedel



Prof. Dr. Nadine Riedel

Eine Übersicht über die aktuelle Zusammensetzung der RWI-Gremien können Sie unter www.rwi-essen.de/das-rwi/aufgaben/gremien/abrufen.

Berater bei Rhön-Klinikum

Der Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Gesundheit“, Dr. Boris Augurzky, ist für den Zeitraum von zwei Jahren in den Beirat der Rhön-Klinikum AG berufen worden. In dieser Funktion berät er zusammen mit Vertretern von medizinischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und dem Vorstand über die zukünftigen Entwicklungen im Krankenhaus- und Gesundheitswesen sowie über Fragen der medizinischen Entwicklung. Die Rhön-Klinikum AG ist einer der größten Gesundheitsdienstleister in Deutschland.

RWI erhält erneut Zertifikat des „audit berufundfamilie“



Das RWI hat nach seiner Zertifizierung im Jahr 2010 die Re-Zertifizierung des „audit berufundfamilie“ erhalten. Als Zertifikatsträger bekennt sich das Institut dazu, seine bereits bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen noch transparenter und sichtbarer zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu unterstützen. Das Bild zeigt Sabine Reinhard, Leiterin der RWI-Serviceabteilung „Personal und Recht“ (2. v.r.) bei der Übergabe des Zertifikats in Berlin am 17. Juni, rechts neben ihr steht Iris Gleicke, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie.

RWI-Sommerfest

Am 23. Juni feierten die RWI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter das alljährlich stattfindende Sommerfest – diesmal unter dem Motto „Festa de Verão“. Die vom WM-Fieber erfasste Abteilung „Kommunikation“ hatte neben kalten Getränken, einem Kuchen- und Salatbuffet ein Mini-Fußballturnier organisiert – fünf Mannschaften kämpften leidenschaftlich beim „Flaschen-Umschieß-Wettbewerb“ um den Schokowaffel-Hauptpreis. Für die kulinarischen Genüsse vom Grill zeigte sich – der Tradition entsprechend – der Vorstand des RWI verantwortlich.



Neu im RWI



Matthias Giesecke arbeitet seit dem 1. April als Wissenschaftler im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und war von Oktober 2009 bis September 2012 Stipendiat der Ruhr Graduate School in

Economics. Anschließend arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Seine Dissertation zum Thema Renteneintrittsverhalten wurde von Prof. Dr. Reinhold Schnabel betreut. Seine Forschungsinteressen sind Arbeitsmarktökonomik und Probleme der Sozialversicherung.

Philipp Jäger ist seit dem 14. April als Wissenschaftler und Doktorand im Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ tätig. Seine Forschungsinteressen sind Demografie, internationale Ökonomik sowie angewandte Ökonometrie. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig und der National University of Ireland, Maynooth (B.Sc. 2010). Im Anschluss absolvierte er das Masterprogramm International Economics an der Georg-August Universität Göttingen sowie der Seoul National University (M.A. 2013). Während seines Studiums spezialisierte er sich auf angewandte Ökonometrie, Außenwirtschaft und Entwicklungsökonomik. Praktische Erfahrungen sammelte Philipp Jäger unter anderem am ifo Institut, am DIW und bei der Prognos AG.



Jörg Langbein ist seit dem 1. April im Kompetenzbereich „Umwelt und Ressourcen“ tätig. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Evaluierung der Wirksamkeit von Entwicklungsmaßnahmen mit modernen empirischen Methoden, wobei der Fokus auf Elektrifizierungsmaßnahmen

in ruralen Gegenden Westafrikas liegt. Er hat einen Master in International Economics von der Georg-August Universität in Göttingen und einen Bachelor in Politik und Wirtschaft von der Westfälischen-Wilhelms Universität in Münster. Außerdem sammelte er Studienerfahrungen in Montpellier und Lille. Vor seiner Tätigkeit am RWI war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltökonomik und Welthandel an der Leibniz Universität in Hannover.

Eva-Luisa Nitsch arbeitet seit dem 1. Mai 2014 als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste in der Abteilung Bibliothek und Archiv. Sie absolvierte ihre Ausbildung in der Fachrichtung Bibliothek an der Universität Duisburg-Essen und arbeitete dort anschließend



unter anderem in der Medienbearbeitung. Nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr an einer Förderschule für körperlich und geistig behinderte Kinder ist Frau Nitsch nun wieder im Bibliothekswesen tätig.



Seit dem 1. April ist **Dr. Ansgar Wübker** als stellvertretender Leiter des Kompetenzbereichs „Gesundheit“ am RWI tätig. In seinen Forschungsarbeiten analysiert er empirische, wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen aus dem Bereich der Gesundheitsökonomik. Seine

Forschungsschwerpunkte liegen in der Analyse von Krankenhausmärkten, individuellen Gesundheitsverhaltens, Ungleichheiten in der medizinischen Versorgung und der ökonomischen Evaluation von Poli-

tikmaßnahmen. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen-Wilhelms Universität Münster und beendete 2008 seine Promotionsarbeit bei Prof. Dr. Dirk Sauerland. Vor seiner Tätigkeit am RWI arbeitete Ansgar Wübker als Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Institutionenökonomik und Gesundheitssystemmanagement an der Universität Witten/Herdecke. Zuletzt war er Vertretungsprofessor am Lehrstuhl für Wettbewerbstheorie und -politik an der Ruhr-Universität Bochum.

Neu in der RGS



Im Oktober 2013 startete der 10. Jahrgang der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Fünf der Stipendiaten wurden in Ausgabe 1/2014 vorgestellt, die übrigen vier des Jahrgangs folgen nun.

Laura Sinn studierte „International Economics“ an

der Eberhard Karls Universität Tübingen und an der Lund University in Schweden. Ihren Masterabschluss in „Economics and Institutions“ hat sie an der Philipps Universität Marburg erhalten, wo sie in ihrer Masterarbeit den Einfluss von Familienpolitik auf Arbeitsangebot und Fertilitätsentscheidungen untersucht hat. Nach ihrem Studium arbeitete sie für ein Jahr beim Internationalen Währungsfonds (Fiscal Affairs Department) und der Weltbank (Social Protection in Eastern Europe and Central Asia) in Washington D.C.

Forschungsinteressen: Angewandte Ökonometrie, Arbeitsmarktökonomie, Migrationsökonomie, Wirtschaftspolitik

Alessandro Terracina erhielt seinen Bachelor und Master in Wirtschaftswissenschaften von der Universität von Salerno (Italien). In seiner Masterarbeit „Evolution and Reforms of the Health System in USA“ vollzog er eine kritische Analyse der historischen Entwicklung des

amerikanischen Gesundheitssystems und untersuchte dabei die Rolle der Regierung bei der Entwicklung eines modernen Ansatzes.

Forschungsinteressen: Gesundheitsökonomik, Versicherungsökonomik, Internationale Ökonomik, Makroökonomie



Neu in der RGS



Matthias Westphal studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster und der Universität Duisburg-Essen. Während seines Studiums ging er zudem für ein Semester an die Griffith University nach Brisbane, Australien, und arbeitete als Tutor für Statistik und

als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Finanzwissenschaften. Seine empirische Masterarbeit beschäftigt sich mit dem Einfluss von Einkommen auf die Zufriedenheit von Menschen. Im Anschluss an sein Studium arbeitete er für ein Drittmittelprojekt im Bereich Gesundheitsökonomik an der Universität Duisburg-Essen.

Forschungsinteressen: Gesundheitsökonomik, angewandte Ökonometrie



Christian Wittrock absolvierte sein Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (B.Sc. und M.Sc. der Volkswirtschaftslehre) sowie an der Nottingham Trent University. In seiner Masterarbeit beschäftigte er sich mit der Existenz von asymmetrischen Informatio-

nen und Rent-Seeking-Verhalten auf Finanzmärkten. Er analysierte dabei anhand eines theoretischen Modells den Einfluss einer Finanztransaktionssteuer auf Überinvestment von Marktakteuren in private Informationen ohne sozialen Mehrwert. Christian Wittrock arbeitete als studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Ökonomische Politikanalyse und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft I.

Forschungsinteressen: Mikroökonomie, Ökonometrie, Finanzmärkte

† Werner Wichmann verstorben

Am 10. April 2014 verstarb unser ehemaliger Mitarbeiter Herr Werner Wichmann im Alter von 71 Jahren. Herr Wichmann arbeitete bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2007 fast 40 Jahre im technischen Bereich des RWI: zunächst als Statistiker und seit 1980 in der EDV-Abteilung als Programmierer. Seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft werden uns allen in Erinnerung bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gehört seinen Angehörigen.

„Was macht eigentlich...“

... Rainer Kambeck



Rainer Kambeck leitet seit Juni 2013 den Bereich Finanzen, Steuern beim Deutschen Industrie und Handelskammertag e.V., der Dachorganisation der 80 Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Von 2000 bis 2006 war er Mitarbeiter im Kompetenzbereich Öffentliche Finanzen (jetzt: Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen) des RWI, von 2006 bis Mai 2013 dessen Leiter. Zuvor wurde er nach dem Abschluss des VWL-Studiums am Seminar für Finanzwissenschaft der Universität Köln mit einer Arbeit zu Wachstumseffekten der Kapitaleinkommensbesteuerung promoviert.

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Komplexe Sachverhalte schnell zu erfassen und Bewertungen und Positionen präzise zu formulieren. Zu erkennen: Ohne Empirie wird's schwer, ohne „ordnungspolitisches Denken“ geht's aber auch nicht. Und ganz wichtig: Kritik ernst, aber nie persönlich nehmen! Und nie vergessen, dass es ein Leben außerhalb des Jobs gibt.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Die intensive und sehr gute Zusammenarbeit mit vielen Kollegen/innen - vor allem mit denjenigen, die immer auch an das große Ganze (nämlich das Institut) gedacht haben.

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Mit den Unterschieden könnte ich eine komplette Ausgabe der RWI-News füllen. Im Wesentlichen: Weniger Tiefgang bei der ökonomischen Analyse, weil keine wissenschaftliche Vorgehensweise gefordert ist. Eine viel intensivere Beschäftigung mit steuerrechtlichen Aspekten, weil diese für die Unternehmen und deshalb auch in der Politikberatung eine große Rolle spielen. Deutlich weniger Zeit für einzelne Themen und Vorgänge, weil der Terminkalender voller ist.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

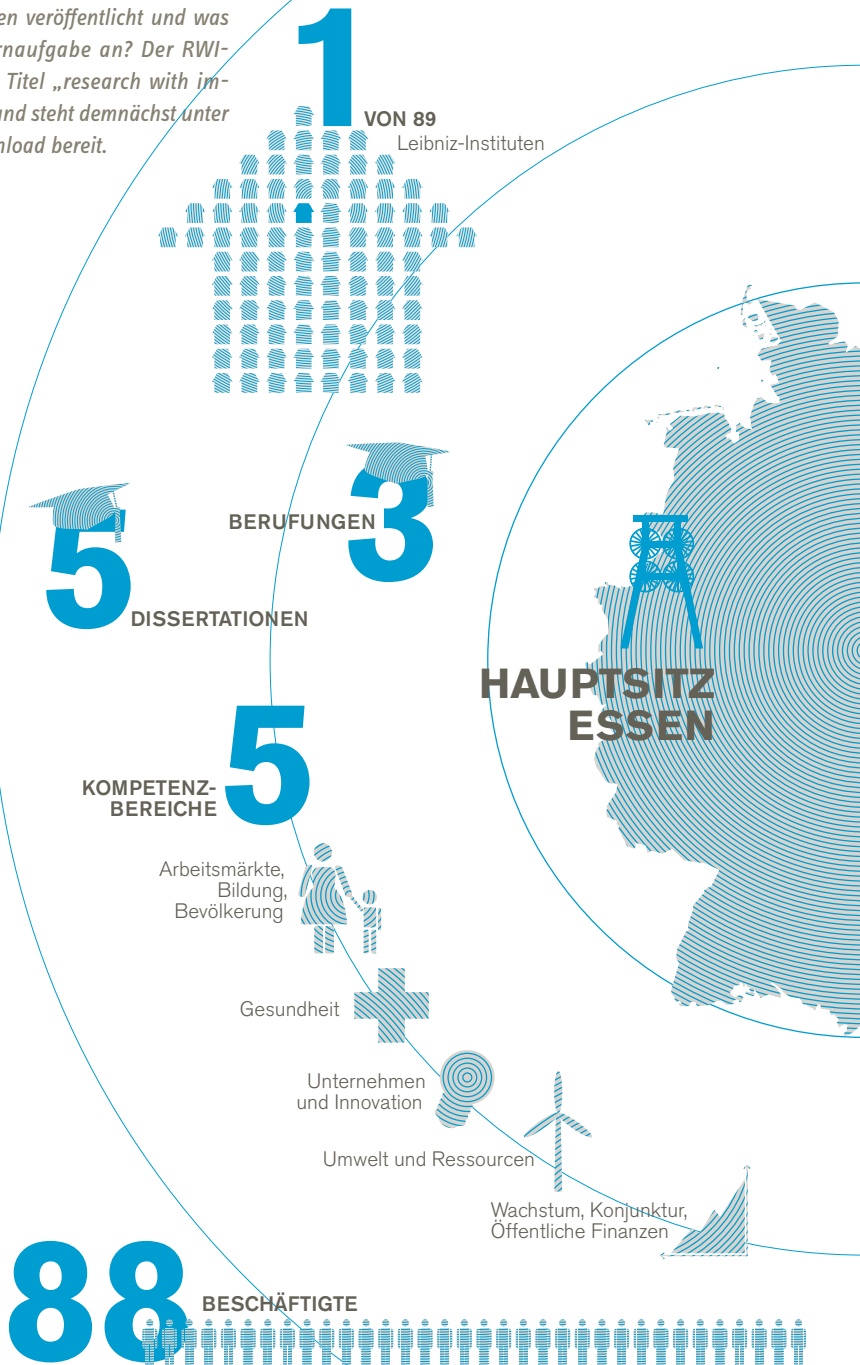
Den Anspruch, in Forschung und Politikberatung gleichermaßen an der Spitze zu sein, auf Dauer zu erfüllen.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

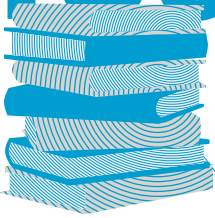
Kennen Sie den neuen Wirtschaftsminister nicht noch aus Ihrer Zeit beim RWI?

Intern

Welche Forschungsprojekte hat das RWI bearbeitet, wieviele Publikationen wurden veröffentlicht und was sieht das RWI als seine Kernaufgabe an? Der RWI-Arbeitsbericht 2013 mit dem Titel „research with impact“ gibt darauf Antworten und steht demnächst unter www.rwi-essen.de zum Download bereit.



189



VERÖFFENTLICHUNGEN

RWI 2013

ZAHLEN UND FAKTEN

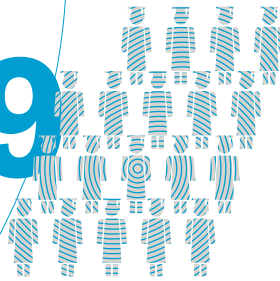
BÜRO BERLIN

21



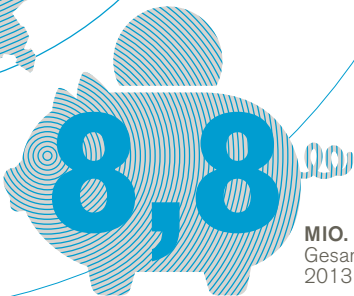
ABGESCHLOSSENE
DRITTMITTELPROJEKTE

19



DOKTORANDINNEN &
DOKTORANDEN

8,8



MIO. EURO
Gesamtbudget
2013

darunter 54 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler



RWI News

Nr. 2/2014 (Juni)

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Katharina Brach (Tel. -244), Sabine Weiler

Layout: Daniela Schwindt

Bildnachweis: acatech/K. Harms (14), berufundfamilie gGmbH (20), Julica Bracht/RWI (2, 15, 16, 19), Katja Fels/RWI (11), Martin Karlsson (9), Charlotte Kleinert (25), Herbert Lütkestratkötter (20), Bärbel Rispler/RWI (21, 22, 23, 24), Daniela Schwindt/RWI (13, 21), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (16), RUB, Foto: Schirdewahn (20), Universität Duisburg-Essen (10), Universität St. Gallen (HSG)/Hannes Thalmann (20)

ISSN 1612-3581